

GESAMTSCHULE MARIENHEIDE – Pestalozzistraße 7 – 51709 Marienheide

Ministerium für
Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Frau Ministerin Sylvia Löhrmann
Völklinger Straße 49

40221 Düsseldorf

GESAMTSCHULE MARIENHEIDE
Gemeinde Marienheide
Sekundarstufen I und II
Pestalozzistraße 7
51709 Marienheide
Telefon 0 22 64 / 45 86 0
Telefax 0 22 64 / 45 86 50
kontakt@gesamtschule-marienheide.de
www.gesamtschule-marienheide.de

Marienheide, 17.08.2016

Situation einer Schule, die die „Inklusion“ immer unterstützt hat

Sehr geehrte Frau Ministerin Löhrmann,

die Schulkonferenz der Gesamtschule Marienheide hat auf ihrer außerordentlichen Sitzung am 05.07.2016 sich ausschließlich mit den Schwerpunkten „Unterrichtsversorgung“ und „Situation bei der Betreuung der inklusiv beschulten Förderschüler“ auseinandergesetzt. Zwei an der Schule mittlerweile fest angestellte Sonderpädagogen schilderten in der Schulkonferenz die Situation im Bereich des Gemeinsamen Lernens (GL), die sich für das nächste Schuljahr noch einmal ganz erheblich verschlechtern wird. Aus diesem Grund hat die Schulkonferenz beschlossen, in einem offenen Brief die Situation der GL-Schüler und der sie betreuenden Förderlehrer, aber auch der insgesamt mit Inklusion betrauten übrigen Lehrkräfte sowohl den Verantwortungsträgern und Verantwortungsträgerinnen in der Politik, als auch in der Schulverwaltung bzw. Schulaufsicht zu schildern.

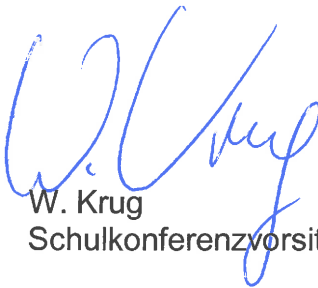
Als Vorsitzenden der Schulkonferenz wurde mir die Aufgabe übertragen, das noch vor den Sommerferien erstellte und vom Eilausschuss unterzeichnete Schreiben Mitte August in den Verteiler zu geben. Das Schreiben wird von der Schulkonferenz als ein Hilferuf verstanden, da auf Seiten der Schulkonferenz ganz eindeutig der Eindruck herrscht, dass die Entscheidungsträger, insbesondere in der Schulpolitik und der Landesregierung offensichtlich keine Vorstellung davon haben, wie sich die im guten Glauben gefassten politischen Beschlüsse in der Umsetzung an der Basis auswirken.

Die Schulkonferenz hat gleichzeitig beschlossen, dass sie die verantwortlichen Politiker im ersten Halbjahr des nächsten Schuljahres zu einem Gespräch in die Schulkonferenz einlädt, um mit Ihnen in den direkten Austausch über die Problematik zu kommen. Wir werden Ihnen rechtzeitig einen entsprechenden Terminvorschlag machen.

Darüber hinaus steht jedem Interessierten die Möglichkeit offen, sich hier vor Ort ein Bild der Situation zu machen, in dem er oder sie zum Beispiel einen Tag mit einem Sonderpädagogen „mitläuft“ und die Inklusionsarbeit unter den derzeitigen Rahmenbedingungen der Budgetierung vor Ort miterlebt. Gerne kann natürlich auch die Arbeit in einer inklusiven Klasse begleitet werden. Schön wäre natürlich in beiden Fällen eine Voranmeldung, allerdings ist aus unserer Sicht die Notsituation so gravierend, dass wir nicht auf einer Voranmeldung bestehen. Wir werden es sicher auch ad hoc möglich machen können, dass sich Interessierte einen Eindruck aus der Praxis verschaffen, wenn diese sich morgens um halb acht im Sekretariat anmelden.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



W. Krug
Schulkonferenzvorsitzender

Anlage:

Offener Brief der Schulkonferenz zur Situation der „Inklusion“ vom 08.07.2016

GESAMTSCHULE MARIENHEIDE – Pestalozzistraße 7 – 51709 Marienheide

An alle Verantwortungsträger/innen
in der Schulpolitik und der Schulaufsicht
des Landes NRW

GESAMTSCHULE MARIENHEIDE
Gemeinde Marienheide
Sekundarstufen I und II
Pestalozzistraße 7
51709 Marienheide
Telefon 0 22 64 / 45 86 0
Telefax 0 22 64 / 45 86 50
kontakt@gesamtschule-marienheide.de
www.gesamtschule-marienheide.de

Marienheide, 08.07.2016

Sonderpädagogik mit „Notfallkoffer“

Die Gesamtschule Marienheide und das Konzept des
Gemeinsamen Lernens leiden unter einer defizitären
Einstellungs- und Abordnungspolitik für die notwendigen
sonderpädagogischer Fachkräfte

Das gesamte Kollegium und die Elternschaft der Gesamtschule Marienheide sind in größter Sorge, die an sie gestellten Herausforderungen des Gemeinsamen Lernens schülergerecht und bedürfnisorientiert umzusetzen.

Die aktuelle Situation lässt sich „bildlich“ wie folgt beschreiben:

Der Lehrer für sonderpädagogische Förderung eilt innerhalb einer Woche durch zehn Klassen umher und versorgt die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf mit einem „Wundpflaster“ und muss hoffen, dass dieses „Pflaster“ eine Woche lang hält.

Die mangelnde Anzahl sonderpädagogischer Fachkräfte hat in den letzten Jahren bei stets zunehmender Anzahl der Förderschüler/-innen an unserer Schule dazu geführt, dass die individuelle Förderung der Schüler*innen im Gemeinsamen Lernen drastischen Mängeln unterlag.

Unabdingbar für die sonderpädagogische Arbeit ist der Aufbau einer individuellen, tragfähigen und verlässlichen Schüler-Lehrer-Beziehung, welche den Lernerfolg bei Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf weitgehend erst möglich macht.

Wir machen uns unter den aktuellen personellen Bedingungen allergrößte Sorgen, den Schüler*innen eine adäquate Zukunft und Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen – das Ziel der Inklusion!

Momentan erhält das Kollegium und die Schülerschaft die Inklusion durch einen immens erhöhten Improvisationsaufwand am Leben. Daraus resultiert eine extrem hohe Belastung aller Beteiligten. Wir befürchten, dass bei gleichbleibenden schlechten Bedingungen das System in Kürze kollabiert.

Wir stehen zu 100% hinter dem Gedanken des Gemeinsamen Lernens, der aus unserer Sicht aber nur erfolgreich umzusetzen ist, wenn

- 1.) Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf die für sie entsprechenden Fachkräfte (Lehrer*innen für sonderpädagogische Förderung mit entsprechender Ausbildung in den jeweils benötigten Förderschwerpunkten „Emotionale und soziale Entwicklung“, „Lernen“ und „Sprache“) in ausreichender Anzahl zugewiesen bekommen.
- 2.) Lehrer*innen, die durch ihre kontinuierliche Beziehungsarbeit mit den Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf Vertrauen aufgebaut haben, nicht gegen ihren Willen kurzfristig an andere Schulen abgeordnet werden.
- 3.) eine deutlich höhere Anzahl an Lehrer*innen für sonderpädagogische Förderung fest an Regelschulen eingestellt werden.

Wenn zumindest diese drei Gesichtspunkte erfüllt wären, dann wäre Inklusion sicherlich erfolversprechend realisierbar.

Es wird höchste Zeit, unserer im Feld der Inklusion schon lange sehr engagierten Schule die notwendigen Rahmenbedingungen zu verschaffen – zum Wohle aller Lernenden und Lehrenden!

Die laut gesetzlichen Vorgaben vorgesehene Versorgung an der Gesamtschule Marienheide über das LES-Budget führt derzeit dazu, dass an der Gesamtschule Marienheide 3,0 Stellen für die Förderung von Schüler/-innen mit dem Förderbedarf „Lernen“, „emotionale und soziale Entwicklung“ und „Sprache“ zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sind der Schule im Stellenplan 0,68 Stellen für die Förderung von vier Schüler/-innen mit dem Förderbedarf „körperliche und motorische Entwicklung“ zugewiesen worden. Die 3,0 Stellen des LES-Budgets sind mit drei Sonderpädagogen besetzt, die fest an der Schule eingestellt sind.

Für die Förderung der Schüler/-innen mit dem Schwerpunkt körperlich motorische Entwicklung wurde an unsere Schule am 30.06.2016 eine Kraft mit einer halben Stelle abgeordnet, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht an unserer Schule tätig gewesen ist. Gleichzeitig wurden die Abordnungen von zwei Sonderpädagogen, die im laufenden Schuljahr an unsere Schule abgeordnet waren (in einem Fall bereits im zehnten Jahr) nicht verlängert, obwohl diese beiden Sonderpädagogen gerne ihre Abordnung verlängert hätten und es bei den festangestellten Sonderpädagogen Kräfte gibt, die auch eine Ausbildung mit dem Schwerpunkt „körperliche und motorische Entwicklung“ besitzen. Unsere Schule hatte in mehreren Gesprächen bzw. Schreiben per Mail gegenüber dem Schulamt des Oberbergischen Kreises den Wunsch auf Verlängerung der derzeitigen Abordnungen zum Ausdruck gebracht und dabei mitgeteilt, dass die fachgerechte Förderung der Förderschüler/-innen mit dem Schwerpunkt „körperliche und motorische Entwicklung“ durch die bereits an der Schule fest angestellten Sonderpädagogen sichergestellt werde.

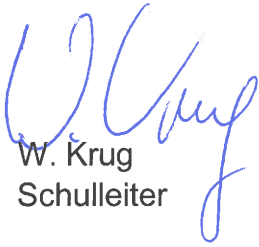
Die Bilanz für die Ressourcen, die für die insgesamt 71 Kinder mit LES-Förderbedarf (55 mit abgeschlossenem AOSF, 16 mit anerkanntem Beratungsbedarf) zur Verfügung stehen, ist sehr ernüchternd. Pro Kind stehen an unserer Schule im nächsten Schuljahr rechnerisch 1,08 Unterrichtsstunden zur individuellen Förderung zur Verfügung. Für die Kinder mit dem Förderschwerpunkt „körperliche und motorische Entwicklung“ werden rechnerisch pro Kind 3,44 Unterrichtsstunden zur Verfügung gestellt. Wenn, wie an unserer Schule bisher üblich, alle Förderschwerpunkte „integriert“ gefördert bzw. betrachtet werden, so ergibt sich ein Fördervolumen von 1,20 Unterrichtsstunden je Förderschüler. Dass darüber hinaus die Reduzierung der Klassenfrequenzen aufgrund der veränderten Schüler-Lehrerrelationen für Förderschüler, außer im Jahrgang 5, keinen Ausgleich mehr erfahren, sondern zu einer reduzierten Stellenbedarfsberechnung der betroffenen Schule führen, schränkt den Handlungsspielraum unserer Schule weiter ein.

In den Jahrgängen, wo dann Seiteneinsteiger als abgeschulte Schüler/-innen aus Gymnasien und Realschulen in unsere Schule drängen, sind wir in vielen Fällen gezwungen, die reduzierten Klassenfrequenzen zu erhöhen und bis an die Obergrenze der Bandbreite und zum Teil darüber hinaus zu gehen. Dies zusammen mit der an unserer Schule gleichzeitig durchgeführten Beschulung von ca. 30 Flüchtlingskindern führt zu einer extremen Belastung aller beteiligten Schüler/-innen und Lehrer/-innen, die aus unserer Sicht bei einer umsichtigeren Planung und Durchführung des „Projektes Inklusion“ in weiten Teilen hätte vermieden werden können.

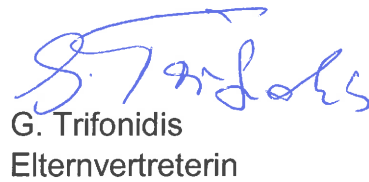
Wir bitten Sie ausdrücklich, die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die unsere schulische Inklusionsarbeit beeinflussen bzw. bestimmen, so nachzuarbeiten, dass ausreichende Ressourcen aber auch ausreichend große Planungssicherheit für die inklusive Beschulung von Förderschülern an unserer Schule, aber auch an allen anderen Schulen des Landes entsteht. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen befürchten wird, dass das Projekt Inklusion in NRW „vor die Wand gefahren wird“.

Marienheide, 08.07.2016

Für die Schulkonferenz der Gesamtschule Marienheide der Eilausschuss



W. Krug
Schulleiter



G. Trifonidis
Elternvertreterin



L. Hagen
Schülervertreter



J. Schäffler
Lehrervertreter